NACHRICHTEN
Österreich

09. April 2025

Britische Regierung plant umstrittenen Mörder-Scanner zur Gewaltprävention!

Britische Regierung plant algorithmisches Früherkennungssystem zur Identifikation potenzieller Mörder und wirft Bürgerrechtsbedenken auf.

Vereinigtes Königreich - In einem kontroversen Schritt plant die britische Regierung die Entwicklung eines Früherkennungssystems zur Identifizierung potenzieller Mörder. Dieses Projekt, das während der Amtszeit von Premierminister Rishi Sunak genehmigt wurde, zielt darauf ab, mithilfe massiver Datenanalysen Personen mit einem erhöhten Gewaltpotenzial zu identifizieren. Wie **Kosmo** berichtet, sollen Daten von bis zu 500.000 Personen analysiert werden, um statistische Risikomuster zu erkennen.

Das Projekt befindet sich derzeit im Forschungsstadium, was von der britischen Regierung bestätigt wurde. Die Bürgerrechtsorganisation Statewatch äußert jedoch Besorgnis über mögliche systemische Verzerrungen, die ärmere Bevölkerungsschichten und ethnische Minderheiten benachteiligen könnten. Kritiker warnen, dass die Analyse von sensiblen Informationen, wie Selbstverletzungen und Vorfällen häuslicher Gewalt, eine dystopische Bedrohung für grundlegende Bürgerrechte darstellt.

Algorithmische Überwachung und gesellschaftliche Implikationen

Das algorithmische Verfahren soll insbesondere psychische Gesundheit, Suchtproblematiken, Suizidgefährdung und das

Alter beim ersten Polizeikontakt in die Bewertung einfließen lassen. Das britische Justizministerium verteidigt das Projekt als notwendigen Schritt zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit. Dennoch ist die Frage nach der Notwendigkeit und den Risiken solcher massiven Datenanalysen brisant.

Laut **AlgorithmWatch** ist eine Prüfung algorithmischer Systeme unerlässlich, um Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Aktuelle Herausforderungen umfassen unklare Verfahren zur Überprüfung dieser Systeme, die über den Social-Media-Bereich hinausgehen. Es werden Empfehlungen für transparente Prüfungsverfahren gefordert, um eine verantwortungsvolle Nutzung algorithmischer Systeme sicherzustellen.

Die Diskussion um staatliche Überwachung und Datenschutz umfasst ein komplexes Gleichgewicht zwischen Sicherheitsinteressen und individuellen Freiheiten. Der Schutz der Privatsphäre ist ein zentrales Thema, das von **Das Wissen** beleuchtet wird. Kritiker argumentieren, dass Überwachungsprogramme oft geheim bleiben und nicht genug Transparenz bieten. Diese Sorge wird durch die technologischen Fortschritte, die die Überwachungsmöglichkeiten erheblich erweitert haben, noch verstärkt.

Regierungen rund um den Globus stehen vor der Herausforderung, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Überwachung regulieren und Missbrauch verhindern. Historisch gesehen ist staatliche Überwachung keine neue Praxis, doch die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass der Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte eine ständige Debatte erfordert.

In Anbetracht der geplanten Maßnahmen in Großbritannien sowie der breiteren Diskussion über Algorithmik und Überwachung muss eine Balance zwischen Sicherheit und Privatsphäre gefunden werden. Die Zukunft dieser Technologien hängt sowohl von gesetzgeberischen Fortschritten als auch vom

Engagement der Zivilgesellschaft ab.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vereinigtes Königreich
Quellen	• **www.kosmo.at** • **algorithmwatch.org** • **das-wissen.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at